

87608-2025 - Wettbewerb

Deutschland – Dienstleistungen von Ingenieurbüros – Planung Erweiterung Rechenzentrum
Mainz, 30023552
OJ S 28/2025 10/02/2025
Auftrags- oder Konzessionsbekanntmachung – Standardregelung
Dienstleistungen

1. Beschaffer

1.1. Beschaffer

Offizielle Bezeichnung: Mainzer Netze GmbH
E-Mail: postkorb-beschaffung@mainzer-netze.de
Rechtsform des Erwerbers: Öffentliches Unternehmen
Tätigkeit des öffentlichen Auftraggebers: Wirtschaftliche Angelegenheiten

2. Verfahren

2.1. Verfahren

Titel: Planung Erweiterung Rechenzentrum Mainz, 30023552
Beschreibung: Planung der technischen Gebäudeausrüstung für die Leistungserweiterung eines Rechenzentrums in Mainz für die Mainzer Stadtwerke AG
Kennung des Verfahrens: 51d8564e-ecfd-456f-99e8-7e7340bc2598
Interne Kennung: X-SWMAG-2025-0007
Verfahrensart: Verhandlungsverfahren mit vorheriger Veröffentlichung eines Aufrufs zum Wettbewerb/Verhandlungsverfahren
Das Verfahren wird beschleunigt: nein

2.1.1. Zweck

Art des Auftrags: Dienstleistungen
Haupteinstufung (cpv): 71300000 Dienstleistungen von Ingenieurbüros

2.1.2. Erfüllungsort

Stadt: Mainz
Postleitzahl: 55129
Land, Gliederung (NUTS): Mainz, Kreisfreie Stadt (DEB35)
Land: Deutschland

2.1.4. Allgemeine Informationen

Zusätzliche Informationen: Interessierte Unternehmen reichen nach Auftragsbekanntmachung zum Teilnahmewettbewerb die geforderten Bewerbungsunterlagen (siehe 3.1) beim e-Vergabeportal des Deutschen Ausschreibungsblattes. Die aufgrund des Teilnahmewettbewerbs zugelassenen Unternehmen erhalten die Aufforderung zur Abgabe eines Angebots durch Zusendung der Ausschreibungsunterlagen und reichen, entsprechend den Vorgaben des Auftraggebers, ein qualifiziertes Angebot einschließlich der geforderten Unterlagen bei der genannten Kontaktstelle ein. Der Auftraggeber wird diejenigen Bieter, die ein fristgerechtes indikatives Angebot abgegeben haben, zu Bietergesprächen einladen. Eine Einladung mit allen notwendigen Informationen wird rechtzeitig vor dem Termin erfolgen. Die Bieter erhalten abschließend die Möglichkeit ein letztes verbindliches Angebot, unter Berücksichtigung der Ergebnisse der Bietergespräche zu platzieren. Hierfür werden den

Bieter ggf. aktualisierte Vergabeunterlagen zur Verfügung gestellt. Aktuell ist nicht geplant, erneute Bietergespräche durchzuführen. Die Aufforderung zur Abgabe des letzten verbindlichen Angebotes wird gleichzeitig mit einer angemessenen Frist an die Bieter ergehen. Die Teilnahmeanträge und Angebote sind in der hierfür vorgeschriebenen Form elektronisch über das Vergabeportal einzureichen. Alle übermittelten Unterlagen sind vom Bewerber/Bieter unverzüglich nach Erhalt auf Vollständigkeit und Verständlichkeit zu prüfen. Sollten die Unterlagen unvollständig, teilweise unverständlich oder missverständlich sein, bitten wir um unverzügliche Rückmeldung an die Kontaktstelle. Der Auftraggeber behält sich zum weiteren Ablauf des Verhandlungsverfahrens vor, • bereits auf Grundlage der eingereichten ersten verbindlichen Angebote unter Verwendung der Zuschlagskriterien den Kreis der Bieter, mit denen weiterführende Verhandlungsgespräche durchgeführt werden, festzulegen. Bieter, die auf Grund dieser Zwischenwertung keinen erfolversprechenden Rang einnehmen, werden nicht mehr zu den Verhandlungsgesprächen eingeladen und erhalten hierüber eine schriftliche Mitteilung. Bieter haben keinen Anspruch auf die Durchführung von Verhandlungsgesprächen. • Den Zuschlag bereits auf Grundlage der ersten verbindlichen Angebote ohne weitere Verhandlungen und ohne die Einholung weiterer Angebote zu erteilen • In Ansehung der eingegangenen Angebote und durchgeführten Verhandlungsgespräche erneut Verhandlungsgespräche mit den Bietern, ggf. unter weiterer Abschichtung / Reduzierung des Bieterkreises, zu führen und / oder weitere Angebote einzuholen (Durchführung mehrerer "Verhandlungs- und Angebotsrunden"). Ein Anspruch der Bieter besteht hierauf nicht. • Im Rahmen der vergaberechtlichen Zulässigkeit, Anpassungen in Bezug auf die Ausgestaltung der optional anzubietenden Leistungen vorzunehmen. • Zudem hält sich der Auftraggeber eine Änderung der oben beschriebenen Vorgehensweise vor.

Rechtsgrundlage:

Richtlinie 2014/24/EU

vgv -

2.1.6. Ausschlussgründe

Der Zahlungsunfähigkeit vergleichbare Lage gemäß nationaler Rechtsvorschriften: Darüber hinaus gelten sämtliche in den Vergabeunterlagen genannten Ausschlussgründe, insbesondere die gesetzlichen Ausschlussgründe nach §§ 123, 124 GWB sowie die Erklärung zu Artikel 5k Absatz 1 der Verordnung (EU) 833/2014 und die Einhaltung des Lieferkettensorgfaltspflichtgesetzes, insbesondere § 22 LkSG.

Korruption: Darüber hinaus gelten sämtliche in den Vergabeunterlagen genannten Ausschlussgründe, insbesondere die gesetzlichen Ausschlussgründe nach §§ 123, 124 GWB sowie die Erklärung zu Artikel 5k Absatz 1 der Verordnung (EU) 833/2014 und die Einhaltung des Lieferkettensorgfaltspflichtgesetzes, insbesondere § 22 LkSG.

Beteiligung an einer kriminellen Vereinigung: Darüber hinaus gelten sämtliche in den Vergabeunterlagen genannten Ausschlussgründe, insbesondere die gesetzlichen Ausschlussgründe nach §§ 123, 124 GWB sowie die Erklärung zu Artikel 5k Absatz 1 der Verordnung (EU) 833/2014 und die Einhaltung des Lieferkettensorgfaltspflichtgesetzes, insbesondere § 22 LkSG.

Vereinbarungen mit anderen Wirtschaftsteilnehmern zur Verzerrung des Wettbewerbs: Darüber hinaus gelten sämtliche in den Vergabeunterlagen genannten Ausschlussgründe, insbesondere die gesetzlichen Ausschlussgründe nach §§ 123, 124 GWB sowie die Erklärung zu Artikel 5k Absatz 1 der Verordnung (EU) 833/2014 und die Einhaltung des Lieferkettensorgfaltspflichtgesetzes, insbesondere § 22 LkSG.

Verstoß gegen umweltrechtliche Verpflichtungen: Darüber hinaus gelten sämtliche in den Vergabeunterlagen genannten Ausschlussgründe, insbesondere die gesetzlichen Ausschlussgründe nach §§ 123, 124 GWB sowie die Erklärung zu Artikel 5k Absatz 1 der

Verordnung (EU) 833/2014 und die Einhaltung des Lieferkettensorgfaltspflichtengesetzes, insbesondere § 22 LkSG.

Geldwäsche oder Terrorismusfinanzierung: Darüber hinaus gelten sämtliche in den Vergabeunterlagen genannten Ausschlussgründe, insbesondere die gesetzlichen Ausschlussgründe nach §§ 123, 124 GWB sowie die Erklärung zu Artikel 5k Absatz 1 der Verordnung (EU) 833/2014 und die Einhaltung des Lieferkettensorgfaltspflichtengesetzes, insbesondere § 22 LkSG.

Betrugsbekämpfung: Darüber hinaus gelten sämtliche in den Vergabeunterlagen genannten Ausschlussgründe, insbesondere die gesetzlichen Ausschlussgründe nach §§ 123, 124 GWB sowie die Erklärung zu Artikel 5k Absatz 1 der Verordnung (EU) 833/2014 und die Einhaltung des Lieferkettensorgfaltspflichtengesetzes, insbesondere § 22 LkSG.

Kinderarbeit und andere Formen des Menschenhandels: Darüber hinaus gelten sämtliche in den Vergabeunterlagen genannten Ausschlussgründe, insbesondere die gesetzlichen Ausschlussgründe nach §§ 123, 124 GWB sowie die Erklärung zu Artikel 5k Absatz 1 der Verordnung (EU) 833/2014 und die Einhaltung des Lieferkettensorgfaltspflichtengesetzes, insbesondere § 22 LkSG.

Zahlungsunfähigkeit: Darüber hinaus gelten sämtliche in den Vergabeunterlagen genannten Ausschlussgründe, insbesondere die gesetzlichen Ausschlussgründe nach §§ 123, 124 GWB sowie die Erklärung zu Artikel 5k Absatz 1 der Verordnung (EU) 833/2014 und die Einhaltung des Lieferkettensorgfaltspflichtengesetzes, insbesondere § 22 LkSG.

Verstoß gegen arbeitsrechtliche Verpflichtungen: Darüber hinaus gelten sämtliche in den Vergabeunterlagen genannten Ausschlussgründe, insbesondere die gesetzlichen Ausschlussgründe nach §§ 123, 124 GWB sowie die Erklärung zu Artikel 5k Absatz 1 der Verordnung (EU) 833/2014 und die Einhaltung des Lieferkettensorgfaltspflichtengesetzes, insbesondere § 22 LkSG.

Verwaltung der Vermögenswerte durch einen Insolvenzverwalter: Darüber hinaus gelten sämtliche in den Vergabeunterlagen genannten Ausschlussgründe, insbesondere die gesetzlichen Ausschlussgründe nach §§ 123, 124 GWB sowie die Erklärung zu Artikel 5k Absatz 1 der Verordnung (EU) 833/2014 und die Einhaltung des Lieferkettensorgfaltspflichtengesetzes, insbesondere § 22 LkSG.

Falsche Angaben, verweigerte Informationen, die nicht in der Lage sind, die erforderlichen Unterlagen vorzulegen, und haben vertrauliche Informationen über dieses Verfahren erhalten.: Darüber hinaus gelten sämtliche in den Vergabeunterlagen genannten Ausschlussgründe, insbesondere die gesetzlichen Ausschlussgründe nach §§ 123, 124 GWB sowie die Erklärung zu Artikel 5k Absatz 1 der Verordnung (EU) 833/2014 und die Einhaltung des Lieferkettensorgfaltspflichtengesetzes, insbesondere § 22 LkSG.

Interessenkonflikt aufgrund seiner Teilnahme an dem Vergabeverfahren: Darüber hinaus gelten sämtliche in den Vergabeunterlagen genannten Ausschlussgründe, insbesondere die gesetzlichen Ausschlussgründe nach §§ 123, 124 GWB sowie die Erklärung zu Artikel 5k Absatz 1 der Verordnung (EU) 833/2014 und die Einhaltung des Lieferkettensorgfaltspflichtengesetzes, insbesondere § 22 LkSG.

Direkte oder indirekte Beteiligung an der Vorbereitung des Vergabeverfahrens: Darüber hinaus gelten sämtliche in den Vergabeunterlagen genannten Ausschlussgründe, insbesondere die gesetzlichen Ausschlussgründe nach §§ 123, 124 GWB sowie die Erklärung zu Artikel 5k Absatz 1 der Verordnung (EU) 833/2014 und die Einhaltung des Lieferkettensorgfaltspflichtengesetzes, insbesondere § 22 LkSG.

Schwere Verfehlung im Rahmen der beruflichen Tätigkeit: Darüber hinaus gelten sämtliche in den Vergabeunterlagen genannten Ausschlussgründe, insbesondere die gesetzlichen

Ausschlussgründe nach §§ 123, 124 GWB sowie die Erklärung zu Artikel 5k Absatz 1 der Verordnung (EU) 833/2014 und die Einhaltung des Lieferkettensorgfaltspflichtengesetzes, insbesondere § 22 LkSG.

Vorzeitige Beendigung, Schadensersatz oder andere vergleichbare Sanktionen: Darüber hinaus gelten sämtliche in den Vergabeunterlagen genannten Ausschlussgründe, insbesondere die gesetzlichen Ausschlussgründe nach §§ 123, 124 GWB sowie die Erklärung zu Artikel 5k Absatz 1 der Verordnung (EU) 833/2014 und die Einhaltung des Lieferkettensorgfaltspflichtengesetzes, insbesondere § 22 LkSG.

Verstoß gegen sozialrechtliche Verpflichtungen: Darüber hinaus gelten sämtliche in den Vergabeunterlagen genannten Ausschlussgründe, insbesondere die gesetzlichen Ausschlussgründe nach §§ 123, 124 GWB sowie die Erklärung zu Artikel 5k Absatz 1 der Verordnung (EU) 833/2014 und die Einhaltung des Lieferkettensorgfaltspflichtengesetzes, insbesondere § 22 LkSG.

Zahlung der Sozialversicherungsbeiträge: Darüber hinaus gelten sämtliche in den Vergabeunterlagen genannten Ausschlussgründe, insbesondere die gesetzlichen Ausschlussgründe nach §§ 123, 124 GWB sowie die Erklärung zu Artikel 5k Absatz 1 der Verordnung (EU) 833/2014 und die Einhaltung des Lieferkettensorgfaltspflichtengesetzes, insbesondere § 22 LkSG.

Einstellung der gewerblichen Tätigkeit: Darüber hinaus gelten sämtliche in den Vergabeunterlagen genannten Ausschlussgründe, insbesondere die gesetzlichen Ausschlussgründe nach §§ 123, 124 GWB sowie die Erklärung zu Artikel 5k Absatz 1 der Verordnung (EU) 833/2014 und die Einhaltung des Lieferkettensorgfaltspflichtengesetzes, insbesondere § 22 LkSG.

Entrichtung von Steuern: Darüber hinaus gelten sämtliche in den Vergabeunterlagen genannten Ausschlussgründe, insbesondere die gesetzlichen Ausschlussgründe nach §§ 123, 124 GWB sowie die Erklärung zu Artikel 5k Absatz 1 der Verordnung (EU) 833/2014 und die Einhaltung des Lieferkettensorgfaltspflichtengesetzes, insbesondere § 22 LkSG.

Terroristische Straftaten oder Straftaten im Zusammenhang mit terroristischen Aktivitäten: Darüber hinaus gelten sämtliche in den Vergabeunterlagen genannten Ausschlussgründe, insbesondere die gesetzlichen Ausschlussgründe nach §§ 123, 124 GWB sowie die Erklärung zu Artikel 5k Absatz 1 der Verordnung (EU) 833/2014 und die Einhaltung des Lieferkettensorgfaltspflichtengesetzes, insbesondere § 22 LkSG.

Rein innerstaatliche Ausschlussgründe: Darüber hinaus gelten sämtliche in den Vergabeunterlagen genannten Ausschlussgründe, insbesondere die gesetzlichen Ausschlussgründe nach §§ 123, 124 GWB sowie die Erklärung zu Artikel 5k Absatz 1 der Verordnung (EU) 833/2014 und die Einhaltung des Lieferkettensorgfaltspflichtengesetzes, insbesondere § 22 LkSG.

5. Los

5.1. Los: LOT-0000

Titel: Planung Erweiterung Rechenzentrum Mainz, 30023552

Beschreibung: Der Auftraggeber ist Eigentümer eines Bestands-Rechenzentrums. Im Zuge einer Leistungserweiterung soll die Kapazität im laufenden Betrieb durch Zubau bzw. Ersatz von Komponenten und Anlagentechnik von derzeit 880 kW auf 1.750 kW erweitert werden. Die Leistungsweiterung ist bereits bei der Errichtung des Rechenzentrums geplant und vorgerüstet worden. Im Zuge der anstehenden Erweiterung soll jedoch auch der vorhandene Anlagenbestand teils ausgetauscht, teils umgerüstet und angepasst werden, um eine längere Laufzeit, eine Anpassung an veränderte gesetzliche und regulatorische Vorgaben sowie energetische und betriebliche Optimierungen zu erreichen. Ausgeschrieben wird die Planung

der technischen Gebäudeausrüstung für die Leistungserweiterung des Rechenzentrums. Ziel ist die Entwicklung und Umsetzung eines Konzepts für die Erreichung der Leistungswerte des Endausbaus unter Gewährleistung der Anforderungen an die Hochverfügbarkeit während der Umbauphase. Es ist ein Angebot vorzulegen für die Planung der technischen Gewerke: • Elektrotechnische Anlagen (KG 440 DIN 276) • Lufttechnische und kältetechnische Anlagen (KG 430 DIN 276) • Sicherheitstechnik und Gebäudeautomation (KG 450 und 480 DIN 276)

Die Leistungen entsprechen denen der Honorarordnung der Architekten- und Ingenieure (HOAI 2021) § 55 bzw. Anlage 15 (zu § 55 Absatz 3, § 56 Absatz 3). Im Einzelnen: • Vorplanung, Lph. 2: o Erfassung Bestand interne Verteilinfrastruktur / Abgleich mit Revisionsplanung o Prüfung der Funktionalität / Dimensionierung der Infrastruktur o Auf Grundlage des der Ausschreibung beigefügten Konzepts zur energetischen Optimierung ist ein Planungskonzept für einen investitions- und verbrauchsoptimierten Ersatz bzw. eine Anpassung vorhandener technischer Komponenten zu erarbeiten, Leistungsbilanzen aller Energien zu erstellen, inklusive Kostenschätzung und überschlägiger Angabe möglicher Energieeinsparungen. o Zudem ist ein Planungskonzept für die Neugestaltung der internen Leistungszuordnung zwischen den Mietbereichen (Verteilinfrastruktur, Mess- und Zählertechnik) zu erstellen. Dies umfasst insbesondere den Ersatz / den Zubau von Umluftkühlgeräten in den Mietbereichen, inklusive erforderlicher Anpassungen der stromseitigen Infrastruktur. • Entwurfsplanung, Lph. 3 o Planung erforderlicher Erweiterungen / Anpassungen des Anlagenbestandes und der internen Verteilinfrastruktur zur Zielerreichung Leistungserweiterung. o Planung erforderlicher Erweiterungen / Anpassungen des Anlagenbestandes und der internen Verteilinfrastruktur zur Zielerreichung energetische Optimierung. o Planung erforderlicher Erweiterungen / Anpassungen des Anlagenbestandes und der internen Verteilinfrastruktur zur Zielerreichung Leistungszuordnung zu den Mietbereichen. o Für die Aufstellung zusätzlicher Anlagentechnik im Dachbereich sind statische Untersuchungen erforderlich. Diese werden bauseits veranlasst. • Ausführungsplanung, Lph. 5 o Planung des Zubaus und ggf. erforderlicher Anpassungen des vorhandenen Bestandes der Leitungsinfrastruktur zur Zielerreichung Leistungserweiterung o Planung ggf. erforderlicher Anpassungen des vorhandenen Bestandes zur Zielerreichung energetische Optimierung o Planung ggf. erforderlicher Anpassungen zur Zielerreichung Leistungszuordnung zu den Mietbereichen • Vergabe, Lph. 6 o Beratung des Auftraggebers zum möglichen Vergabemodell (General-über- oder -unternehmervergabe, Einzelvergabe) o Vorbereitung der Ausschreibung • Mitwirkung bei der Vergabe, Lph. 7 o Federführend für die Ausschreibung ist die Vergabestelle / Beschaffung der Mainzer Netze GmbH o Ansprechpartner für technische Fragen ist die Mainzer Stadtwerke AG o Fachlicher Input (Bewertung, Beantwortung Fragen) o Prüfung der Angebote o Vergabevorschlag • Objektüberwachung, Lph. 8 o Im Zuge der Lph. 8 werden die Leistungen in Anlehnung an Anlage 15 zu § 55 Abs. 3 HOAI für eine Einzelvergabe erwartet. Es liegt eine vollständige Plangrundlage für den Endausbau vor, die für die Erreichung der Leistungsziele lediglich den Zubau der erforderlichen Anlagentechnik vorsieht. Die gebäudeinterne Verteilinfrastruktur hierfür ist bereits vorgerüstet. Die Planung der Lph. 2, 3 und 5 umfasst daher neben dem Zubau der zusätzlichen Komponenten die Überprüfung und Anpassung bzw. Überarbeitung des Bestandes im Sinne der vorgegebenen Leistungsziele. Dabei sollen Eingriffe in die vorhandene Gebäudetechnik im Hinblick auf die Anforderungen an die Hochverfügbarkeit des Rechenzentrums möglichst minimiert werden. Es ist eine stufenweise Beauftragung wie folgt vorgesehen: Stufe 1: Vorplanung, Entwurfsplanung, Stufe 2: Ausführungsplanung, Vorbereitung der Vergabe und Mitwirkung bei der Vergabe, Objektüberwachung - Optionsleistung. Weitergehende Informationen können den Vergabeunterlagen entnommen werden.

Interne Kennung: LOT-0000

5.1.1. Zweck

Art des Auftrags: Dienstleistungen

Haupteinstufung (cpv): 71300000 Dienstleistungen von Ingenieurbüros

5.1.2. Erfüllungsort

Stadt: Mainz

Postleitzahl: 55129

Land, Gliederung (NUTS): Mainz, Kreisfreie Stadt (DEB35)

Land: Deutschland

5.1.3. Geschätzte Dauer

Datum des Beginns: 14/07/2025

Enddatum der Laufzeit: 28/11/2025

5.1.6. Allgemeine Informationen

Vorbehaltene Teilnahme:

Teilnahme ist nicht vorbehalten.

Die Namen und beruflichen Qualifikationen des zur Auftragsausführung eingesetzten

Personals sind anzugeben: Erforderlich für das Angebot

Auftragsvergabeprojekt nicht aus EU-Mitteln finanziert

Die Beschaffung fällt unter das Übereinkommen über das öffentliche Beschaffungswesen: ja

Diese Auftragsvergabe ist auch für kleine und mittlere Unternehmen (KMU) geeignet: nein

5.1.7. Strategische Auftragsvergabe

Ziel der strategischen Auftragsvergabe: Keine strategische Beschaffung

5.1.9. Eignungskriterien

Kriterium:

Art: Eignung zur Berufsausübung

Beschreibung des Eignungskriteriums: Mit dem Teilnahmeantrag legt der Bewerber, die

Bietergemeinschaft, eignungsleihende Unternehmen nachfolgende Unterlagen zur

persönlichen Lage zwingend vor: • Eigenerklärungen der persönlichen Lage und Befähigung

zur Berufsausübung (TW06). • Eigenerklärung zum Nichtvorliegen von Ausschlussgründen

(TW07).

Anhand der Kriterien werden die Bewerber ausgewählt, die zur zweiten Phase des Verfahrens eingeladen werden sollen

Kriterium:

Art: Wirtschaftliche und finanzielle Leistungsfähigkeit

Beschreibung des Eignungskriteriums: Mit dem Teilnahmeantrag legt der Bewerber, das

jeweilige Mitglied der Bietergemeinschaft, eignungsleihende Unternehmen nachfolgende

Unterlagen zum Nachweis seiner wirtschaftlichen und finanziellen Leistungsfähigkeit zwingend

vor: • Eine Eigenerklärung (TW08), aus der hervorgeht, dass über das Vermögen des Bieters

weder das Insolvenzverfahren, noch ein vergleichbares gesetzliches Verfahren eröffnet, oder

die Eröffnung beantragt, oder dieser Antrag mangels Masse abgelehnt worden ist und er sich

nicht in Liquidation befindet. • Die Eigenerklärung (TW08) seiner Umsatzzahlen der

vergangenen drei Geschäftsjahre bezogen auf den Gesamtumsatz und des Umsatzes des

Unternehmens bezogen auf Leistungen, die mit der ausgeschriebenen Leistung vergleichbar

sind. • Eine Eigenerklärung (TW08), dass eine bestehende Berufshaftpflichtversicherung

vorhanden ist oder diese im Falle der Bezuschlagung durch den Auftraggeber spätestens zwei

Wochen nach Auftragserteilung abgeschlossen und nachgewiesen wird. Die

Mindestversicherungssummen je Schadensfall und für alle Schadensfälle während eines Versicherungsjahres betragen: o 2.000.000,00 € für Sach- und Vermögensschäden o 2.000.000,00 € für Personenschäden • Eine Eigenerklärung (TW08) über den netto Umsatz des Unternehmens der vergangenen drei Geschäftsjahre. Mindestanforderung ist ein netto Umsatz von 3.000.000,- €/Jahr.

Anhand der Kriterien werden die Bewerber ausgewählt, die zur zweiten Phase des Verfahrens eingeladen werden sollen

Kriterium:

Art: Technische und berufliche Leistungsfähigkeit

Beschreibung des Eignungskriteriums: Mit dem Teilnahmeantrag legt der Bewerber, die Bietergemeinschaft, eignungsleihende Unternehmen nachfolgende Unterlagen zum Nachweis seiner technischen Leistungsfähigkeit und seiner Fachkunde zwingend vor: • Eine Eigenerklärung (TW09) seiner Mitarbeiteranzahl der vergangenen drei Geschäftsjahre. Mindestanforderung ist ein Personalbestand von 12 Personen insgesamt, davon mindestens 4 Personen als Fachplaner. • Eine Eigenerklärung (TW09), dass das an Schlüsselpositionen des ausgeschriebenen Projekts (Projektleitung, direkte Ansprechpartner) eingesetzte Personal die deutsche Sprache in Wort und Schrift beherrscht. • Benennung von jeweils einer Referenz der folgenden Leistungsbereiche. o Planung der Bereiche Lufttechnische Anlagen (KG 430) und elektrotechnische Anlagen (KG 440) mit einem Leistungsumfang pro Einzelauftrag anrechenbare Kosten (der KG 430 und 440 zusammengerechnet) in Höhe von mindestens 5.000.000,- € o Lufttechnische Anlagen mit einem Leistungsumfang pro Einzelauftrag anrechenbare Kosten der KG 430 in Höhe von mindestens 2.000.000,- € o Elektrotechnische Anlagen mit einem Leistungsumfang pro Einzelauftrag anrechenbare Kosten der KG 440 in Höhe von mindestens 1.000.000,- € Jede Referenz hat darüber hinaus die folgenden Mindestanforderungen zu erfüllen: o Ausführung jeweils zwischen 01.01.2019 und 31.01.2025 o Referenzobjekt Rechenzentrum o Ausführung der Leistungsphasen 3-8 gem. § 55 Abs. 1 HOAI o mindestens eine Referenz "Bauen im Bestand" Zur Benennung der Referenzen ist zwingend das Formular TW10 zu verwenden und vollständig auszufüllen. • Eine Eigenerklärung (TW11), dass das Unternehmen bzw. das eignungsleihende Unternehmen über ein QM-System nach ISO 9001:2105 sowie eine Weiterbildung zum zertifizierten Fachplaner in den Bereichen Elektro, Lüftung und/oder Sicherheitstechnik verfügt. Anhand der Kriterien werden die Bewerber ausgewählt, die zur zweiten Phase des Verfahrens eingeladen werden sollen

Informationen über die zweite Phase eines zweiphasigen Verfahrens:

Das Verfahren wird in mehreren aufeinanderfolgenden Phasen durchgeführt. In jeder Phase können einige Teilnehmer ausgeschlossen werden

Der Erwerber behält sich das Recht vor, den Auftrag aufgrund der ursprünglichen Angebote ohne weitere Verhandlungen zu vergeben

5.1.10. Zuschlagskriterien

Kriterium:

Art: Qualität

Bezeichnung: Projektteam und Personaleinsatz

Beschreibung: Die Struktur und Verfügbarkeit des AN#Projektteams während der Planungs# und Ausführungs-phase, einschließlich der Stellvertreterregelung, sind darzustellen. Dabei ist auch der geplante Personaleinsatz in quantitativer und personeller Hinsicht in den verschiedenen Projektphasen darzulegen. Bewertet wird die Qualität der Anpassung der Projektstruktur und des geplanten Personaleinsatzes an die Erfordernisse des Projektes, insbesondere im Hinblick auf die Situation Bauen im Bestand. Die Eignung der einzelnen

Projektteammitglieder wird nicht beurteilt, jedoch die Position, die sie im Projektteam vor dem Hintergrund ihrer speziellen Eignung einnehmen. Projektleiter und Stellvertreter sind namentlich zu benennen. Siehe Hierzu auch Abschnitt 8.1 der Leistungsbeschreibung.

Kategorie des Gewicht-Zuschlagskriteriums: Gewichtung (Prozentanteil, genau)

Zuschlagskriterium — Zahl: 10

Kriterium:

Art: Qualität

Bezeichnung: geplante Aufbauorganisation

Beschreibung: Mit Angebotsabgabe ist ein kurzes schriftliches Ausführungskonzept mit einem Vorschlag zur geplanten Aufbauorganisation des Projektes einzureichen. Die Form (Textform oder Präsentation, ausformuliert oder Stichpunkte) ist dabei dem Bieter überlassen. Der Beitrag des Bieters im Sinne einer vollständigen Erfassung aller Projektbeteiligten und deren organisatorischen Verknüpfungen untereinander (Organigramm des gesamten Projektteams und der am Projekt Beteiligten) und die daraus abzuleitende Projektstrukturierung sowie das Schnittstellenmanagement ist dazustellen und wird bewertet. Bewertet wird die Qualität der vorgeschlagenen Aufbauorganisation unter Berücksichtigung der individuellen Erfordernisse des Projektes. Siehe Hierzu auch Abschnitt 8.1 der Leistungsbeschreibung.

Kategorie des Gewicht-Zuschlagskriteriums: Gewichtung (Prozentanteil, genau)

Zuschlagskriterium — Zahl: 5

Kriterium:

Art: Qualität

Bezeichnung: Unterstützung des AG

Beschreibung: Die Darlegung der Konzeption des Auftragnehmers für die Unterstützung des Auftraggebers bei planungsrelevanten Entscheidungsvorlagen in wirtschaftlicher und technischer Hinsicht und in den erforderlichen Abstimmungen und Koordinierungen mit den Mietern des Rechenzentrums in der Planungsphase wird bewertet. Bewertet wird die Qualität der vorgestellten Konzeption unter Berücksichtigung der individuellen Erfordernisse des Projektes. Siehe Hierzu auch Abschnitt 8.1 der Leistungsbeschreibung.

Kategorie des Gewicht-Zuschlagskriteriums: Gewichtung (Prozentanteil, genau)

Zuschlagskriterium — Zahl: 5

Kriterium:

Art: Qualität

Bezeichnung: Dokumentations- und Überwachungskonzept, Projektdokumentationssystem (PDS)

Beschreibung: Die Darlegung der vorgesehenen Dokumentations- und Überwachungsmaßnahmen in Bezug auf die Projektabwicklung im laufenden Betrieb des Rechenzentrums unter besonderer Berücksichtigung der Anforderungen des Auftraggebers an die Hochverfügbarkeit und die Vermeidung von Schadensfällen und haftungsrelevanten Sachverhalten wird bewertet. Die Qualität des vorgeschlagenen Projektdokumentationssystems bezüglich der Sicherheit im Hinblick auf die Erfassung aller relevanten Vorgänge und Dokumente und der notwendigen Verfügbarkeit für alle relevanten Projektbeteiligten wird bewertet. Die Benennung und Systembeschreibung des geplanten Projektdokumentationssystems ist hierfür erforderlich.

Kategorie des Gewicht-Zuschlagskriteriums: Gewichtung (Prozentanteil, genau)

Zuschlagskriterium — Zahl: 10

Kriterium:

Art: Preis

Bezeichnung: Preis

Beschreibung: Bewertet wird das Gesamthonorar, inkl. Nebenkosten, Umbauzuschlag und möglichem Nachlass, gemäß Honorarermittlung A04. Die maximale Punktzahl erhält das

Angebot mit dem günstigsten Gesamtpreis. Bei allen weiteren Angeboten wird der Quotient mit dem Mindestangebot als Faktor zur Maximalpunktzahl gebildet: $100 \cdot [\text{Mindestangebot}] / [\text{Angebot}]$ (doppelter Preis = halbe Punktzahl)
Kategorie des Gewicht-Zuschlagskriteriums: Gewichtung (Prozentanteil, genau)
Zuschlagskriterium — Zahl: 70

5.1.11. Auftragsunterlagen

Sprachen, in denen die Auftragsunterlagen offiziell verfügbar sind: Deutsch
Internetadresse der Auftragsunterlagen: <https://www.deutsches-ausschreibungsblatt.de/VN/X-SWMAG-2025-0007>

5.1.12. Bedingungen für die Auftragsvergabe

Verfahrensbedingungen:

Voraussichtliches Datum der Absendung der Aufforderungen zur Angebotseinreichung: 21/03/2025

Bedingungen für die Einreichung:

Elektronische Einreichung: Zulässig

Adresse für die Einreichung: <https://www.deutsches-ausschreibungsblatt.de/VN/X-SWMAG-2025-0007>

Sprachen, in denen Angebote oder Teilnahmeanträge eingereicht werden können: Deutsch

Elektronischer Katalog: Nicht zulässig

Varianten: Nicht zulässig

Die Bieter können mehrere Angebote einreichen: Nicht zulässig

Frist für den Eingang der Teilnahmeanträge: 10/03/2025 10:00:00 (UTC+01:00)

Mitteuropäische Zeit, Westeuropäische Sommerzeit

Informationen, die nach Ablauf der Einreichungsfrist ergänzt werden können:

Nach Ermessen des Käufers können alle fehlenden Bieterunterlagen nach Fristablauf nachgereicht werden.

Zusätzliche Informationen: Fehlende, unvollständige oder fehlerhafte unternehmensbezogene Unterlagen bzw. fehlende oder unvollständige leistungsbezogene Unterlagen können zum Ausschluss des Bewerbers oder Bieters vom Vergabeverfahren führen. Die Vergabestelle behält sich daher vor, Bewerber oder Bieter gemäß § 51 Abs. 2 SektVO aufzufordern, innerhalb einer von der Vergabestelle gesetzten angemessenen Nachfrist fehlende, unvollständige oder fehlerhafte unternehmensbezogene Unterlagen nachzureichen, zu vervollständigen oder zu korrigieren oder fehlende oder unvollständige leistungsbezogene Unterlagen nachzureichen oder zu vervollständigen. Etwaige Änderungen des Bewerbers oder Bieters an seinen Angaben müssen zweifelsfrei sein. Wenn die nachzureichenden, zu vervollständigenden und/oder zu korrigierenden Unterlagen daraufhin nicht innerhalb der Nachfrist bei der Vergabestelle eingehen, führt dies zum Ausschluss des Bewerbers oder Bieters vom weiteren Vergabeverfahren. Maßgeblich für die Rechtzeitigkeit ist der Eingang auf dem Server der Vergabepattform. Die Vergabestelle ist zur Nachforderung nicht verpflichtet. Die Entscheidung steht in ihrem freien Ermessen. Die Nachforderung von leistungsbezogenen Unterlagen, die die Wirtschaftlichkeitsbewertung der Angebote anhand der Zuschlagskriterien betreffen, ist ausgeschlossen. Dies gilt nicht für Preisangaben, wenn es sich um unwesentliche Einzelpositionen handelt, deren Einzelpreise den Gesamtpreis nicht verändern oder die Wertungsreihenfolge und den Wettbewerb nicht beeinträchtigen (vgl. § 51 Abs. 3 SektVO).

Auftragsbedingungen:

Die Auftragsausführung muss im Rahmen von Programmen für geschützte Beschäftigungsverhältnisse erfolgen: Nein

Bedingungen für die Ausführung des Auftrags: Einreichung/Anerkennung der folgenden Dokumente im Teilnahmewettbewerb: TW02 Bietergemeinschaftserklärung, wenn relevant TW03 Eigenerklärung Nachunternehmereinsatz TW04 Benennung Unternehmen Eignungsleihe, wenn relevant TW05 Verpflichtungserklärung Eignungsleihe, wenn relevant TW06 persönliche Lage + Befähigung Berufsausübung TW07 Eigenerklärung Ausschlussgründe TW08 Eigenerklärung finanzielle Leistungsfähigkeit TW09 Eigenerklärung technische + berufliche Leistungsfähigkeit TW10 Referenzen TW11 Erklärung Zertifizierungen TW12 LTTG Mustererklärung TW13 Vertraulichkeitserklärung TW14 Eigenerklärung Russlandsanktionen Einreichung/Anerkennung der folgenden Dokumente in der Angebotsphase: A03 Angebotsdeckblatt A04 Honorarermittlung A05 Bietererklärung zur Angebotsabgabe A06 Verzeichnis Unterauftragnehmer, wenn relevant A08 Entwurf Werkvertrag, wenn kommentiert Elektronische Rechnungsstellung: Zulässig Aufträge werden elektronisch erteilt: nein Zahlungen werden elektronisch geleistet: nein

5.1.15. Techniken

Rahmenvereinbarung:

Keine Rahmenvereinbarung

Informationen über das dynamische Beschaffungssystem:

Kein dynamisches Beschaffungssystem

5.1.16. Weitere Informationen, Schlichtung und Nachprüfung

Überprüfungsstelle: Vergabekammer Rheinland-Pfalz beim Ministerium für Wirtschaft, Verkehr, Landwirtschaft und Weinbau

Informationen über die Überprüfungsfristen: Einleitung von Nachprüfverfahren gem. § 160 GWB: (1) Die zuständigen Vergabekammern leiten ein Nachprüfungsverfahren nur auf Antrag ein. (2) Antragsbefugt ist jedes Unternehmen, das ein Interesse an dem öffentlichen Auftrag oder der Konzession hat und eine Verletzung in seinen Rechten nach § 97 Absatz 6 durch Nichtbeachtung von Vergabevorschriften geltend macht. Dabei ist darzulegen, dass dem Unternehmen durch die behauptete Verletzung der Vergabevorschriften ein Schaden entstanden ist oder zu entstehen droht. (3) Der Antrag ist unzulässig, soweit 1. der Antragsteller den geltend gemachten Verstoß gegen Vergabevorschriften vor Einreichen des Nachprüfungsantrags erkannt und gegenüber dem Auftraggeber nicht gerügt hat, 2. Verstöße gegen Vergabevorschriften, die aufgrund der Bekanntmachung erkennbar sind, nicht spätestens bis Ablauf der in der Bekanntmachung benannten Frist zur Angebotsabgabe oder zur Bewerbung gegenüber dem Auftraggeber gerügt werden, 3. Verstöße gegen Vergabevorschriften, die erst in den Vergabeunterlagen erkennbar sind, nicht spätestens bis zum Ablauf der Frist zur Angebotsabgabe oder zur Bewerbung gegenüber dem Auftraggeber gerügt werden, 4. mehr als 15 Kalendertage nach Eingang der Mitteilung des Auftraggebers, einer Rüge nicht abhelfen zu wollen, vergangen sind. Satz 1 gilt nicht bei einem Antrag auf Feststellung der Unwirksamkeit des Vertrags nach § 135 Absatz 1 Nummer 2. § 134 Absatz 1 Satz 2 bleibt unberührt. Formvorschrift gem. §161 GWB: (1) Der Antrag ist schriftlich bei der Vergabekammer einzureichen und unverzüglich zu begründen. Er soll ein bestimmtes Begehren enthalten. Ein Antragsteller ohne Wohnsitz oder gewöhnlichen Aufenthalt, Sitz oder Geschäftsleitung im Geltungsbereich dieses Gesetzes hat einen Empfangsbevollmächtigten im Geltungsbereich des Gesetzes zu benennen. (2) Die Begründung muss die Bezeichnung des Antragsgegners, eine Beschreibung der behaupteten Rechtsverletzung mit

Sachverhaltsdarstellung und die Bezeichnung der verfügbaren Beweis-mittel enthalten sowie darlegen, dass die Rüge gegenüber dem Auftraggeber erfolgt ist; sie soll, soweit bekannt, die sonstigen Beteiligten benennen.

Organisation, die zusätzliche Informationen über das Vergabeverfahren bereitstellt: Mainzer Netze GmbH

Organisation, die Teilnahmeanträge entgegennimmt: Mainzer Netze GmbH

TED eSender: Datenservice Öffentlicher Einkauf (in Verantwortung des Beschaffungsamts des BMI)

8. Organisationen

8.1. ORG-7001

Offizielle Bezeichnung: Mainzer Netze GmbH

Registrierungsnummer: DE 149 061 260

Postanschrift: Rheinallee 41

Stadt: Mainz

Postleitzahl: 55118

Land, Gliederung (NUTS): Mainz, Kreisfreie Stadt (DEB35)

Land: Deutschland

E-Mail: postkorb-beschaffung@mainzer-netze.de

Telefon: +49 6131127172

Fax: +49 6131126023

Rollen dieser Organisation:

Beschaffer

Organisation, die zusätzliche Informationen über das Vergabeverfahren bereitstellt

Organisation, die Teilnahmeanträge entgegennimmt

8.1. ORG-7004

Offizielle Bezeichnung: Vergabekammer Rheinland-Pfalz beim Ministerium für Wirtschaft, Verkehr, Landwirtschaft und Weinbau

Registrierungsnummer: DE355604198

Postanschrift: Stiftsstraße 9

Stadt: Mainz

Postleitzahl: 55116

Land, Gliederung (NUTS): Mainz, Kreisfreie Stadt (DEB35)

Land: Deutschland

E-Mail: vergabekammer.rlp@mwkel.rlp.de

Telefon: +49 6131 16 2234

Internetadresse: <https://mwvlw.rlp.de/ministerium/zugeordnete-institutionen-1/vergabekammer>

Rollen dieser Organisation:

Überprüfungsstelle

8.1. ORG-7005

Offizielle Bezeichnung: Datenservice Öffentlicher Einkauf (in Verantwortung des Beschaffungsamts des BMI)

Registrierungsnummer: 0204:994-DOEVD-83

Stadt: Bonn

Postleitzahl: 53119

Land, Gliederung (NUTS): Bonn, Kreisfreie Stadt (DEA22)

Land: Deutschland

E-Mail: noreply.esender_hub@bescha.bund.de

Telefon: +49228996100

Rollen dieser Organisation:

TED eSender

Informationen zur Bekanntmachung

Kennung/Fassung der Bekanntmachung: e43da2ae-cb9d-476a-af14-51556f419977 - 01

Formulartyp: Wettbewerb

Art der Bekanntmachung: Auftrags- oder Konzessionsbekanntmachung – Standardregelung

Unterart der Bekanntmachung: 16

Datum der Übermittlung der Bekanntmachung: 07/02/2025 14:21:46 (UTC+01:00)

Mitteuropäische Zeit, Westeuropäische Sommerzeit

Sprachen, in denen diese Bekanntmachung offiziell verfügbar ist: Deutsch

Veröffentlichungsnummer der Bekanntmachung: 87608-2025

ABl. S – Nummer der Ausgabe: 28/2025

Datum der Veröffentlichung: 10/02/2025